

# LINKEZEITEN

Ausgabe # 6: Mai 2008

Maizeitung: **DIE LINKE. KÖLN**

## Öffentliche Auftragsvergabe: Tariftreue – muss drin sein!

Von Ulla Lötzer, MdB für DIE LINKE,  
Sprecherin der LINKSFRAKTION für Internationale Wirtschaftspolitik und Globalisierung

Die Forderungen des DGB nach „Guter Arbeit“ sind gerade vor dem Hintergrund der zunehmend prekären Beschäftigung zentral und werden von uns unterstützt.

Das Verschwinden von mehr als einer Million Arbeitslosen aus der Arbeitslosenstatistik ist ein reiner Statistiktrick: Ein-Euro-Jobber, Zwangsverrentete, Arbeitslose in Trainingsmaßnahmen usw.

Etwa 300.000 neue Arbeitsplätze entfallen auf Leiharbeit: Diese wird mit bis zu 50 Prozent weniger Lohn entgolten als die gleiche Arbeit in regulären Beschäftigungsverhältnissen. Insgesamt arbeiten 800 000 Menschen in Leiharbeit, 2,5 Millionen arbeiten befristet, 5 Millionen ausschließlich in Minijobs.

Und immer mehr Menschen arbeiten zu Hungerlöhnen: 5,5 Millionen erhalten Stundenlöhne unter 7,50 Euro. Für die Jagd nach Renditen von 20-25% werden wie bei Nokia oder Allianz Menschen in die Arbeitslosigkeit geschickt.

Das ist die bundesdeutsche Realität nach 7 Jahren Rot/Grün und 3 Jahren großer Koalition. Der soziale Abstieg durch Hartz IV nach einem Jahr Arbeitslosigkeit und die entwürdigenden Zwangsmaßnahmen bedrohen die Menschen mit Armut und sozialer Ausgrenzung.

### Gute Arbeit

Eine soziale Politik muss die Rahmenbedingungen für „Gute Arbeit“ in Würde und mit angemessener Entlohnung sichern. Dazu gehört, dass für die gleiche Arbeit der gleiche Lohn bezahlt wird – das gilt für Männer und Frauen, das gilt für Stammbeschäftigte und Leiharbeitskräfte.

Dazu gehören ein armutsfester gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8 Euro mit der Perspektive auf 10 Euro, die Ausweitung der Mitbestimmung, eine soziale Grundsicherung statt Hartz IV sowie öffentliche Zukunftsinvestitionen in soziale und ökologische Erneuerung. Damit muss auch endlich eine wirtschaftspolitische Wende zur Stärkung der Binnen- nachfrage eingeleitet werden. Denn der Aufschwung ist bei der Mehrheit der Menschen noch nicht angekommen, da ziehen schon die schwarzen Konjunkturwolken auf.

### Für Tariftreue!

Zu sozialer Politik gehört auch Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen. Mit mehr als 270 Mrd. Auftragsvolumen hat die öffentliche Hand ein wichtiges Instrument an der Hand, dieses Potential an sozialen und

ökologischen Kriterien auszurichten. Stattdessen werden sie aber noch immer nach dem Motto „Geiz ist geil“ vergeben. Mit öffentlichen Geldern wird Lohn- und Sozialdumping befördert.

Lange Jahre haben deshalb Gewerkschaften, auch unterstützt von der LINKEN, für Vergabegesetze gekämpft, die soziale und ökologi-

---

Fortsetzung auf Seite 2!

Öffentliche Bautätigkeiten nur an tariftreue Unternehmen vergeben! Foto: Martin Nees



### Impressum

Hg.: DIE LINKE im Kreisverband Köln.

Redaktion: K. Bozay, J. Jikeli, A. Kostolnik, A. Link-Wilden, M. Nees, A. Recht, M. Zorn.

Layout: A. Recht, M. Nees; Auflage: 2.000 Exemplare.

V. i. S. d. P.: Hans Günter Bell und Claudia Borchard, c/o DIE LINKE. im Kreisverband Köln, Metzger Straße 24, 50677 Köln.



Ulla Lötzer, unsere Kölner Abgeordnete

sche Kriterien einbeziehen. In die europäische Vergaberichtlinie wurde daraufhin aufgenommen, dass soziale und ökologische Kriterien bei öffentlichen Aufträgen vorge-schrieben werden können. Einige Bundesländer haben entsprechende Vergabegesetze beschlossen.

#### Ein unsoziales EuGH-Urteil

Nun hat der Europäische Gerichtshof im sog. „Rüffert“-Urteil einen Generalangriff auf alle Tariftreue-regelungen gestartet. Ortsübliche Tariflöhne gelten seiner Meinung

nach als Beschränkung für die Dienstleistungsfreiheit und dürfen deshalb nicht zur Bedingung von öffentlichen Aufträgen gemacht werden. Schutz der ArbeitnehmerInnen – Fehlanzeige!

Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2007 wurde ausdrücklich Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen gebilligt, weil „Stabilität des Systems sozialer Sicherheit“ besonders wichtig sei. Das Urteil des EuGH ist unsozial, undemokratisch und greift tief in die Verfassung ein. Für die LINKE ist die Tarifautonomie ein Grundbestandteil unserer sozialen Demokratie und darf nicht den marktliberalen Grundfreiheiten der EU untergeordnet werden.

#### Nein zum Lissabonner Vertrag!

Der EuGH treibt ein gefährliches Spiel mit Rassismus. Er organisiert ein Europa der hemmungslosen Konkurrenz. Die Gefahr liegt auf der Hand, dass sich die Wut der Betroffenen nicht gegen den Europäischen Gerichtshof oder den Lissabonner Vertrag richtet, sondern gegen die Dumpingkonkurrenz aus dem Ausland.

Deshalb NEIN zum Lissabonner Vertrag! Wir wollen ein soziales Europa! Wirtschaftliche „Grundfreiheiten“ dürfen nicht mehr wert sein

als die Grundrechte der Menschen. Nur wenn die Grundrechte und die Sozialstaatlichkeit Verfassungsrang bekommen, können weitere EuGH-Urteile im Geiste des „Rüffert“-Urteils verhindert werden.

Die Bundesregierung novelliert derzeit das bundesdeutsche Vergaberecht. Hier muss die Tariftreue verankert werden. Sie muss die Kriterien für die Allgemeinverbindlichkeitserklärungen und zur Aufnahme ins Arbeitnehmerentsendegesetz vereinfachen und auf europäischer Ebene aktiv werden, um die Tariftreue in der Entsende- und Vergaberichtlinie abzusichern.

#### Auch NRW muss handeln!

Eine der ersten Taten der schwarz-gelben Landesregierung war die Abschaffung des Tariftreuegesetzes.

Deshalb startet die LINKE.NRW am 1. Mai eine Unterschriftensammlung für eine Petition für eine neue Vergaberegulation auf Landesebene. Diese soll Tariftreue und andere soziale und ökologische Kriterien umfassen. Um dem „Rüffert“-Urteil etwas entgegenzusetzen, soll die Landesregierung eine Bundesratsinitiative unterstützen, die die Bundesregierung auf-fordert, für die Tariftreue auf EU-Ebene aktiv zu werden.

## Fatale Großzügigkeit

### Über das rüstungspolitische Finanzgebaren der Bundesregierung

Von Paul Schäfer, MdB für DIE LINKE, abrüstungspolitischer Sprecher der LINKSFRAKTION

„Nicht finanzierbar“ ist ein Tot-schlagargument, das fast alle, die sich um Veränderung und sozia-lere Gestaltung der Verhältnisse in Deutschland mühen, zu hassen gelernt haben. Ob es um die Anhebung der Hartz-IV-Bezüge, die Einstellung von mehr Lehrern oder den Weiterbetrieb eines Jugendzentrums geht:

Die Floskel „nicht finanzierbar“ ist für Regierungen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene zu einem Joker geworden, mit dem sich unliebsame Konzepte in na-

hezu allen Politikbereichen ausste-chen lassen.

Verteidigungspolitiker und Frie-densbewegte hören sie allerdings eher selten: In den Sozialsystemen, im Gesundheitswesen und im Bil-dungsbereich mag Geld knapp sein – wenn es aber darum geht, die Rüstungsindustrie zu pöppeln und die Bundeswehr zu dem umzubauen, was der Verteidigungsminister verharmlosend „Armee im Einsatz“ nennt, legt die Bundesregierung fatale Großzügigkeit an den Tag.

Das lässt sich ganz allgemein am Verteidigungshaushalt erken-nen, dessen Ausgaben seit Jahren nur steigen; bei sinkendem Perso-nalbestand der Bundeswehr wohl-gemerkt – was bedeutet, dass die relativen Ausgaben, die Kosten pro Soldat also, weit stärker steigen als die absoluten.

#### Regierungslogik: Rüstung hoch und Soziales runter

Im Besonderen zeigt sich die Frei-giebigkeit am Etat für Rüstungsin-vestitionen. Da werden Großpro-

## Links

### Bundestagsfraktion

<http://www.linksfraktion.de/>

### MdB Ulla Lötzer

[http://www.linksfraktion.de/mdb\\_loetzer.php/](http://www.linksfraktion.de/mdb_loetzer.php/)

### MdB Paul Schäfer

<http://www.paulschaefer.info/>

jekte angeschoben und fortgeführt, dass dem nüchternen Rechner schwindlig werden kann:

Allein für die Beschaffung des Transportflugzeuges A400M, mit dem Material ohne Zwischenstopps auch in weit entfernte Kriegsgebiete geflogen werden kann, sind in den nächsten Jahren 8,6 Milliarden Euro veranschlagt – eine Summe, die ausreichen würde, jedem Schüler im Land zwei Jahre lang durchgängig warme Mittagessen zu spendieren.

Die Bundesregierung indessen erklärt selbst Zuschüsse für die bedürftigsten Kinder für nicht finanzierbar und macht sich anschließend daran, weitere Rüstungsschecks auszuschreiben:

### Militärische Haushaltsplanung

In der Haushaltsplanung für die kommenden Jahre stehen Milliardensummen für U-Boote (Klasse 212 A, 864 Mio. Euro), Fregatten (F125, 2,2 Mrd. Euro), Schützenpanzer (PUMA, 3,6 Mrd. Euro), Panzerabwehrraketen (PARS 3LR, 381 Mio. Euro) und Raketenabwehrsysteme (MEADS, ca. 1 Mrd. Entwicklungs- und ein Vielfaches an Beschaffungskosten).

Nicht zu vergessen der Eurofighter (mittlerweile rund 14 Mrd. Euro), dessen immer deutlicher zutage

tretende Nutzlosigkeit die Bundesregierung dadurch zu verschleiern versucht, dass sie dem schlechten Geld weiter gutes hinterherwirft, um die Bewaffnung auf- und umzurüsten und den Einsatzzweck den angeblichen Erfordernissen anzupassen.

### Inflationsausgleich bei Rüstungsverträgen

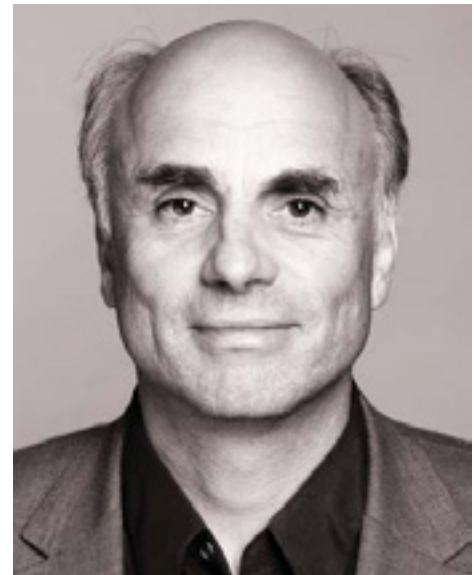
Auf die Spitze getrieben wird der leichtfertige Umgang des Verteidigungsministeriums mit Steuergeldern durch die Besonderheit der Preisfortschreibung: Langfristige Rüstungsverträge beinhalten oft eine Klausel, nach der der Preis automatisch an die allgemeine Preisentwicklung angepasst wird.

Allein beim Eurofighter ist ein Großteil der bisher angefallenen Mehrkosten von 2,4 Mrd. Euro auf diese eingebaute Preiserhöhung zurückzuführen. Ein Inflationsausgleich der Hartz-IV-Bezüge oder eine festgeschriebene jährliche Budgetsteigerung bei Sozialprojekten indessen sind, man ahnt es, nicht finanzierbar.

Wer allerdings nach stichhaltigen Begründungen für die ungewöhnliche Großzügigkeit sucht, wird beim Verteidigungsministerium nicht fündig: Die meisten der anzuschaffenden technischen Wunderwerke sind ebenso teuer wie unnützlich – zumindest, was die Kernaufgabe der Bundeswehr, die Landesverteidigung, angeht.

### Militarisierung: verfehlt Strategie

Die zunehmende Orientierung der Bundeswehr auf Auslandseinsätze im Allgemeinen und ihre immer tiefere Verstrickung in den Afghankrieg im Besonderen werden gern als Argumente für die Notwendigkeit umfassender Auf-



*Paul Schäfer, unser Kölner Abgeordneter*

rüstung bemüht. Dieser Aspekt ist allerdings schon ohne die Erfordernis zusätzlicher Rüstungsausgaben ein nicht zu unterschätzender Kostenfaktor, dem kein erkennbarer Nutzen gegenübersteht.

Vor allem aber ist er Ausdruck einer verfehlten verteidigungs- und sicherheitspolitischen Strategie, die für die anstehenden globalen Probleme und Konflikte vornehmlich militärische Lösungen bereithält.

Der Schwund der Rohstoffreserven und die damit einhergehende Bedrohung der Energiezufuhr, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und der internationale Terrorismus sind allerdings mit Soldaten nicht aufzuhalten – und seien sie mit noch so viel High-Tech-Ausrüstung gesegnet.

### Eine Umkehr tut Not!

Notwendig sind vielmehr multilaterale Abkommen über Rüstungskontrolle und Abrüstung, in denen auch die führenden Militärmächte mit gutem Beispiel vorangehen.

Notwendig ist internationale Kooperation in Rohstoff- und die Erarbeitung innovativer Konzepte in Energiefragen, und notwendig ist die Überwindung des Zusammenspiels von Entrechtung und Armut, das dem Terrorismus täglich neue Rekruten zutreibt. Schon der Ausstieg aus den unsinnigsten Großprojekten der Rüstung macht diesen Ansatz mehr als finanzierbar.

## Abrüstung

„DIE LINKE will den Trend zu Rüstungssteigerungen umkehren, internationale Verhandlungen über deutliche Abrüstungsmaßnahmen voranbringen und einseitige Abrüstungsschritte einleiten. Die Ausgaben für militärische Beschaffungsprogramme, Forschung und Entwicklung sind drastisch zu drosseln.“

(Position der LINKSFRAKTION zum Thema „Abrüstung“)

# Köln braucht einen Sozialtarif für Strom & Gas!

Stadtratsfraktion DIE LINKE. Köln entfacht bundesweiten Diskussionsprozess

Von Jörg Detjen, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE Köln im Stadtrat

Über 149.759 Menschen haben im letzten Jahr den Köln-Pass beantragt und konnten zahlreiche öffentliche Einrichtungen ermäßigt nutzen, meistens zum halben Preis. Dazu gehören u. a. der öffentliche Nahverkehr und die Museen. Inzwischen ermöglicht der Köln-Pass Rabatte in 36 Einrichtungen. Der Zuschuss aus dem Kölner Haushalt kann 2008 deutlich gesenkt werden, weil inzwischen der gesamte Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) ein ermäßigtes Ticket anbietet.

Dieses Erfolgsmodell hat die Fraktion DIE LINKE im Kölner Rat dazu bewogen, eine weitere Initiative zu starten: einen Sozialtarif für Strom und Gas. Nach anfäng-

lichem Zögern machten SPD und Grüne mit und brachten mit uns gemeinsam einen Antrag in den Rat ein, der dann auch eine deutliche Mehrheit fand. Der Ratsbeschluss beauftragt die Verwaltung, „mit der RheinEnergie AG zu verhandeln, in welcher Form und unter welchen Bedingungen ein Sozialtarif auch in Köln machbar ist.“

## Energieversorgung ist Grundrecht!

Ein solcher Sozialtarif ist bitter nötig. Wegen Zahlungsverzug stellte das städtische Unternehmen RheinEnergie im letzten Jahr 11.000 Haushalten den Strom ab. Das entspricht 1 % aller Kunden. „Energiearmut“ heißt das neue Wort. Die Schuldnerbera-

tung der Kölner Caritas weiß zu berichten, dass „vermehrt Menschen mit einem Niedriglohn“ betroffen sind.

Energieschulden dürfen nicht dazu führen, dass Menschen ihre Grundbedürfnisse nicht mehr befriedigen können. Heizung und Licht zu haben ist ein Grundrecht, das die Kommune garantieren kann, indem sie bei der Begleichung der Stromrechnung in Vorleistung tritt. Bei Wohnräumen wird ähnlich verfahren, wenn Kommunen vorerst die Mietzahlungen übernehmen.

Auch die Kölner Sozialrechtlerin Prof. Dr. Helga Spindler hält einen Sozialtarif für absolut notwendig. Sie weist darauf hin, dass 1998 der damalige Sozialhilferegelsatz für den Stromverbrauch 26,31 Euro pro Person pro Monat vorsah. Im heutigen ALG II sind nur noch 21,75 Euro für Strom berücksichtigt. Dafür bekommen die Betroffenen im Jahr ca. 1.000 Kilowattstunden (kWh) Strom. Eine Person braucht aber mindestens 1.500 kWh. In einem Mehrfamilienhaushalt potenziert sich das Problem. Eine deutliche Anhebung der Hartz IV-Sätze würde das Problem mildern, ist aber aktuell nicht absehbar.

## Der Strompreis ist gestiegen

Die Stromkosten sind in den letzten 10 Jahren dramatisch, nämlich um ca. 30%, gestiegen. Die Energiekonzerne machen riesige Gewinne. Das zu 80% städtische Unternehmen Rhein-Energie hat im Jahre 2006 155 Mio. Euro Gewinn erzielt. Er fließt in den Haushalt der Stadt Köln ein und wird zur Quersubvention von öffentlichem Nachverkehr, den Schwimmbädern und anderen defizitären städtischen Einrichtungen genutzt. Die Unterstützung von Menschen mit wenig Geld ist genauso ein öffentlicher Zweck und sollte deshalb die Pflicht eines öffentlichen Unternehmens sein.

Die Haushaltsstromkosten liegen im internationalen Vergleich in Deutschland sehr hoch: Im Jahre 2005 waren es 3 Cent/kWh mehr als im europäischen Durchschnitt. Die Preise für die Industrie dagegen waren deutlich niedriger als im übrigen Europa. Die Haushalte zahlten im Durchschnitt 19,75 Cent, die Industrie 7,69 Cent pro kWh. Es gibt also einen Sondertarif für Großkunden. Dasselbe lässt sich auch für Menschen mit geringen Einkünften anbieten.



## Kontakt zur Ratsfraktion

Web: <http://www.linksfraktion-koeln.de/>  
E-Mail: [dielinke.koeln@stadt-koeln.de](mailto:dielinke.koeln@stadt-koeln.de)  
Tel.: 0221 221 27 84 0

### Benachteiligte schützen!

Die Europäische Gemeinschaft verlangt von ihren Mitgliedsstaaten „Maßnahmen zum Schutz benachteiligter Kunden auf dem Elektrizitätsbinnenmarkt“ und „spezifische Maßnahmen für die Begleichung von Stromrechnungen“.

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europaparlaments forderte im Februar dieses Jahres die Mitgliedsstaaten auf, einen „Standardtarif für sozial benachteiligte Haushalte“ einzurichten. Und um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, sollte die EU-Kommission „Maßnahmen gegen Mitgliedsstaaten“ einleiten, „die ihren allgemeinerwirtschaftlichen Verpflichtungen“ nicht nachkommen.

Deshalb wurde im Ratsbeschluss auch die Bundesregierung aufgefordert, für alle Energieunterneh-

men einen Sozialtarif einzuführen. Unsere Kölner Initiative wird inzwischen bundesweit diskutiert. Sogar Umweltminister Gabriel fordert einen Sozialtarif. Darauf sollten wir uns aber nicht verlassen, sondern handeln.

wir uns aber nicht verlassen, sondern handeln.

### Auch in Köln aktiv werden!

Die RheinEnergie muss einen Sozialtarif anbieten, damit in Köln kein Erwachsener und kein Kind auf warmes, selbst gekochtes Essen, auf eine warme Wohnung und auf Licht verzichten muss.

Das Kernbündnis von SPD und Grünen im Kölner Rat muss jetzt Farbe bekennen. Setzen sie mit den Linken den Ratsbeschluss gegen das von der CDU gesteuerte Unternehmen RheinEnergie durch? Denn CDU und FDP stellen sich abseits und beben vor Zorn. Ralph Sterck von der FDP sprach von „Planwirtschaft“ und nannte den Sozialtarif „ein Stück Sozialismus auch in Köln“.

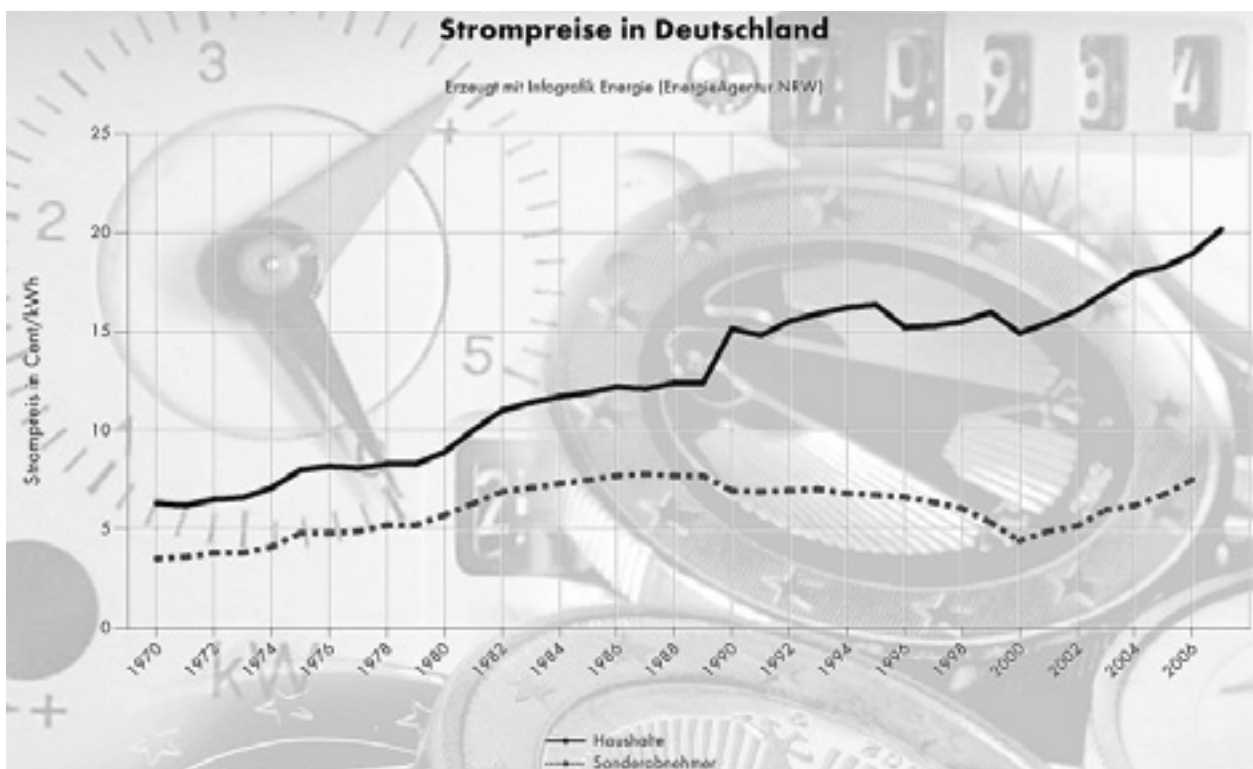
Das ist für uns natürlich ein großes Kompliment, wenn es auch

nicht so gemeint war. Erfreulich dagegen ist, dass die Liga der Wohlfahrtsverbände in Köln die Forderung nach einem Sozialtarif ausdrücklich unterstützt und den Rat auffordert zu handeln.



Jörg Detjen, unser Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Köln

Entwicklung der Strompreise in Deutschland für Haushalte und Großkunden,  
Quelle: EnergieAgentur.NRW auf Grundlage des BMWi.



# Ums Öffentliche kämpfen!

Von Alex Recht, Leiter des Projekts „Öffentlich! Weil's wichtig für alle ist.“

„Öffentlich investieren statt privatisieren!“, so heißt der Untertitel unseres Projekts „Öffentlich! Weil's wichtig für alle ist“. Er macht deutlich, was die Leitlinien unseres Projekts sind: erstens Regulierung und Eigentum in öffentlicher Hand; zweitens eine Erhöhung der gesellschaftlichen Investitionen und drittens das Engagement gegen Privatisierung.

## Öffentlich investieren!

Es ist nicht zu fassen: Eine hochentwickelte Ökonomie wie die Bundesrepublik liegt bei der öffentlichen Investitionsquote, dem Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt, deutlich unter EU-Durchschnitt. Dieser schlechte Wert ist zum einen eine wichtige Ursache dafür, dass es um die öffentliche Infrastruktur in Deutschland nicht zum Besten bestellt ist. Zum anderen sorgt die Zurückhaltung der öffentlichen Hand bei den Investitionen dafür, dass die deutschen Probleme bei Wachstum und Beschäftigung trotz zuletzt leicht angezogener Konjunktur keineswegs behoben sind.

Völlig zurecht fordert daher der LINKE Bundesparteivorstand in seinem Leitantrag: „Wir wollen ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Deutschland mit den fünf Schwerpunkten Bildung, Gesundheit, Um-

welt, kommunale Daseinsvorsorge und Öffentliche Beschäftigung mit einem Umfang von 50 Milliarden Euro pro Jahr. Mindestens eine Million tariflich bezahlte Arbeitsplätze können so geschaffen werden.“

Von konservativer Seite wird einem solchen Programm immer entgegengehalten, dass es mit dem Leitbild „privat vor öffentlich“ breche, dass es private Investitionen verdränge und außerdem nicht finanzierbar sei. Die Behauptung, wir wollten mit dem Leitbild „privat vor öffentlich“ brechen, ist wahr, denn dies möchten wir LINKEN ausdrücklich. Wir sind zwar keineswegs gegen jede private Initiative, aber wir befürworten anders als die etablierten Parteien eine umfassende gesellschaftlich-politische Steuerung durch die öffentliche Hand. Hierzu gehören auch öffentliche Investitionen, denn diese erfüllen drei sehr wichtige Zwecke:

## Drei Vorteile öffentlicher Investitionen!

Erstens befriedigen sie wichtigen gesellschaftlichen Bedarf: beim Ausbau von Schulen, Universitäten, Krankenhäusern; beim sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft; zur Sicherung der Daseinsvorsorge bei Verkehr, Wohnen, Energie und Wasser.

Zweitens setzen öffentliche Investitionen Wachstumsprozesse in Gang. Sie steigern zunächst die Nachfrage, damit das Einkommen und hierdurch den Konsum. Steigender Konsum erhöht nochmals Nachfrage, Einkommen und Konsum. Ein sich selbst verstärkender Prozess startet, der dafür sorgt, dass die leerstehendenKa-

pazitäten wegen mehr Binnennachfrage besser ausgenutzt werden. Diese nachfrageseitige Entwicklung wird auf der Angebotsseite ergänzt durch Produktivitätssteigerungen, die eine Folge des durch die öffentlichen Investitionen verbesserten Kapitalstocks sind. Also: Wirtschaftliche Dynamik wird entfacht, und zwar auch nachhaltig, insofern die öffentlichen Anfangsinvestitionen sozialen und ökologischen Ansprüchen genügen.

Drittens erhöht sich wegen der entfachten wirtschaftlichen Dynamik die volkswirtschaftliche Beschäftigung. Die Massenarbeitslosigkeit geht zurück, und das Entscheidende ist: Es entstehen nicht so sehr prekäre Arbeitsplätze, sondern wegen der dynamisch anziehenden Nachfrage nach gesellschaftlicher Arbeit vor allem reguläre Arbeitsplätze im privaten Sektor. Hinzu kommen natürlich noch eine beträchtliche Anzahl guter Jobs im öffentlichen Sektor, etwa in Schulen oder im Gesundheitssektor.

## Selbstfinanzierungswirkung

In den letzten Jahren wurden die Steuern für einkommensstarke und vermögende Personen sowie für Unternehmen durch Schwarzgeld, Rot-Grün und Schwarz-Rot immer weiter gesenkt. Zugleich sind die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen deutlich gestiegen. Es ist also reichlich Spielraum vorhanden, um die Steuern für Reiche, Vermögende und finanzstarke Unternehmen zu erhöhen. Das konservative Argument, mehr öffentliche Investitionen seien nicht finanzierbar, ist also Unfug.

Zusätzlich ist zu beachten, dass Teile der öffentlichen Investitionen auch über Staatsverschuldung verschuldet werden können. Denn wenn durch die anziehende wirtschaftliche Dynamik eine Wachstumsrate erzielt wird, die über dem Zinssatz der öffentlichen Schuldtitel liegt, dann sinkt die staatliche Schuldenquote, statt zu steigen.

Von erheblicher Bedeutung ist aber ein Aspekt, der von konservativer Seite entweder nicht verstanden wird oder bewusst übergangen

*Deutsche Bahn: gehört in öffentliche Hand, nicht privatisiert! Foto: Martin Nees*



wird. Weil durch das erhöhte Wachstum die Steuern stärker sprudeln werden und außerdem wegen der rückläufigen Arbeitslosigkeit Teile der staatlichen Ausgaben nicht mehr nötig sind, finanziert sich das Zukunftsinvestitionsprogramm zu einem hohen Grade selber. Von Finanzierungsproblemen kann also keine Rede sein.

Ebenso falsch ist die These, öffentliche Investitionen würden private verdrängen. Im Gegenteil: Erst durch steuerfinanzierte öffentliche Investitionen werden die hohe Ersparnis der Vermögenden und die einbehaltenen Gewinne der Unternehmen wieder in den volkswirtschaftlichen Kreislauf gespült und produktiver Verwendung zugeführt. Die entstehende Dynamik ist Voraussetzung dafür, dass private reale Investitionen, die sonst unterblieben wären, nun aber stattfinden.

### **Privatisierung verhindern!**

Wir sehen also: Öffentliche Steuerung ist sehr wichtig und umfasst die Bereiche der Finanz- und Geldpolitik. Sie geht aber hierüber hinaus und erstreckt sich auch auf öffentliches Eigentum. Denn neben indirekter Steuerung durch Vorgaben, Aufträge, Leistungsausgaben und Investitionen sollte öffentliche Aufgabenerfüllung auch direkt durch staatliche Betriebe erfolgen.

Denn die Individuen haben ein Interesse daran, Teile der gesellschaftlichen Produktion privatkapitalistischer Verfügung zu entziehen und unter öffentlicher Verwaltung zu erstellen. Wir sprechen in diesem Falle von öffentlicher Daseinsvorsorge – ein Feld, das sich etwa auf Bereiche wie Energie, Bildung, Gesundheit usw. erstreckt.

Öffentliche Daseinsvorsorge ist ein wichtiges Instrument, um gesellschaftlichen Bedarf zu befriedigen, soziale Preisgestaltung zu ermöglichen, die Interessen benachteiligter sozialer Gruppen zu berücksichtigen, eine wirksame öffentliche Beschäftigungspolitik zu betreiben und sozial-ökologische Standards einzuhalten. Zudem können die Menschen beim Bereich des öffentlichen Daseinsvorsorge besser demokratisch mitentscheiden als

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Interessierte,  
hiermit laden wir Sie und euch herzlich ein zu einer

## **Infoveranstaltung zu den Ergebnissen des Projekts „Öffentlich, weil's wichtig für alle ist“**

**am Dienstag, 06. Mai 2008, 19:30 Uhr,  
Bürgerhaus Stollwerck, Raum 310, Dreikönigenstraße 23, Südstadt, mit:**

**Astrid Kraus, Wolfgang Lindweiler, Ulla Lötzer, Alexander Recht,  
Gisela Stahlhofen und Michael Weisenstein (ProjektleiterInnen)**

Das Projekt „Öffentlich weil's wichtig ist“ hat in den vergangenen Monaten in Arbeitsgruppen, Veranstaltungen und Diskussionen verschiedene Aspekte öffentlicher Investitionen und öffentlichen Eigentums bearbeitet.

Schwerpunktmäßig haben wir uns mit folgenden Themen beschäftigt:

- Warum sind öffentliche Investitionen und Regulierungen notwendig?
- Was spricht für Rekommunalisierung?
- Wie sieht LINKE Energiepolitik aus?
- Wie sieht LINKE Politik für guten ÖPNV aus?
- Wie sieht LINKE Wohnungspolitik aus?

Im Laufe des Projekts sind wir zu interessanten ersten Ergebnissen gekommen. Wir haben aber nicht fürs stille Kämmerchen gearbeitet: Die Ergebnisse des Projektes sollen in das Kommunalwahlprogramm der LINKEN für Köln eingehen.

Wir möchten euch gerne unsere Ergebnisse vorstellen und mit euch diskutieren. Wir freuen uns auf euer zahlreiches Kommen und eure Anregungen! :-)

in den meisten gewinnorientierten Betrieben: die Beschäftigten in Formen der Selbstverwaltung, aber auch die BürgerInnen. Aus all diesen Gründen kämpfen wir LINKEN gegen Privatisierung.

### **Öffentliche Bereiche umkämpfen!**

Öffentliches Eigentum ist zwar eine wichtige Voraussetzung für demokratischen Einfluss, aber noch keine Garantie dafür. Vielmehr stellen öffentliche Betriebe wie staatliches Handeln überhaupt umkämpfte gesellschaftliche Felder dar. Das Was, Wie, Wer und Wozu stehen keineswegs von Vornherein fest – um die Richtung wird öffentlich gerungen.

Dies zeigt sich gut am Beispiel der öffentlichen Landesbanken. Diese sind an sich ein wirksames Instrument, um die Leistungen öffentlicher Sparkassen zu refinanzieren und den Privatsektor durch öffentliche Kreditvergabe zu steuern. An sich. Praktisch aber haben die öffentlichen Landesbanken spekulative Anlagen getätigt, die sie bes-

ser hätten sein lassen. Denn diese Anlagen haben zur Finanzkrise beigetragen und auch sogar einige der Landesbanken selber vor existenzielle Probleme gestellt.

Dies heißt aber gerade nicht, dass Privatisierung der richtige Weg wäre. Genau das Gegenteil: Die richtige Antwort muss lauten, das öffentliche Eigentum beizubehalten und sogar auszubauen, die öffentliche Finanzaufsicht zu verstärken, durch öffentliche Vorgaben riskante Anlagen von Anfang an zu untersagen und schließlich die demokratische Kontrolle durch Regierungen und Parlamente auszubauen. Zur richtigen Antwort gehört auch, Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge der Öffentlichkeit besser zu erläutern und öffentlichen Anregungen und Kritik in die Ausformulierung der öffentlichen Geschäftspolitik miteinzubeziehen.

Und genau hierfür kämpfen wir LINKEN: für mehr öffentlichen und demokratischen Einfluss!

# Eine neue linke Integrationspolitik für Köln

## Für demokratische Teilhabe und Chancengleichheit!

Von Kemal Bozay und Martin Zorn, Leiter des Projekts „Für ein interkulturelles Köln!“

Ahmad S. ist 19 Jahre und lebt seit seiner Geburt in Kalk. Mehrere Wochen lang demonstrierte er gemeinsam mit anderen Freunden im Kölner Stadtteil Kalk anlässlich des Todes seines 17-jährigen Freundes Salih. Der junge Marokkaner Salih wurde von einem 20-jährigen Russlanddeutschen erstochen, laut Aussagen von Polizei und Staatsanwaltschaft in Notwehr, weil Salih angeblich versuchte, den 20-jährigen auszurauben. Die Jugendlichen wollen das nicht akzeptieren. Sie fordern „Respekt“ und „Gerechtigkeit“. Überwiegend arabische, kurdische und türkische Jugendliche haben mit ihren Straßenaktionen ein Signal gesetzt.

Kemal Dogan ist 47 Jahre und lebt seit ca. 28 Jahren in Köln. Kemal ist bei Ford Köln beschäftigt und als Vertrauensmann auch politisch aktiv. Seit mehreren Jahren kämpft er um die deutsche Staatsbürgerschaft. Die Behörden verwehren ihm diese mit der Be-

gründung, er sei linkspolitisch aktiv und würde sich nicht von seinen politischen Betätigungen distanzieren. Gemeinsam mit Kolleg(inn)en, Freund(inn)en und Verwandten gründete er einen Freundeskreis, der sich aktiv für seine Staatsbürgerschaft einsetzt. In Köln sind mehrere hiervon betroffen.

Rojin S. ist Kurdin und lebt seit 9 Jahren in Chorweiler. Sie gehört zu denjenigen Flüchtlingen, die mit einer Duldung hier leben und für ein Bleiberecht kämpfen. Mit Unterstützung von „Kein Mensch ist illegal“ und dem Kölner Flüchtlingsrat engagiert sie sich für das Bleiberecht von Flüchtlingen und fordert humanitäre Lösungen.

Ahmad, Kemal und Rojin sind keine Einzelfälle. Sie leben seit nahezu Jahrzehnten in Köln und kämpfen für eine partizipative Gesellschaft, in der Migrant(inn)en gleichberechtigt teilnehmen und mitwirken können. Die Basis für

das Funktionieren einer erfolgreichen Integration ist zweifelsohne eine Politik wechselseitiger Akzeptanz und Anerkennung auf Grundlage von demokratischer Teilhabe und Chancengleichheit. Integration ist mehr als die Kenntnis der deutschen Sprache, Kultur und Geschichte. Sie ist die Verwirklichung der rechtlichen und politischen Gleichstellung aller Mitglieder einer Gesellschaft. Und davon ist das derzeitige Zuwanderungsgesetz meilenweit entfernt.

Heute haben in Köln mehr als 30 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Vor allem sind es die ehemals als sogenannte „Gastarbeiter“ angeworbenen Menschen und ihre nachgezogenen Familien, größtenteils auch ihre hier geborenen und aufgewachsenen Kinder, Flüchtlinge, Roma und Sinti, jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler. In Stadtteilen wie Kalk, Buchforst, Chorweiler hat sogar jeder Zweite einen Migrationshintergrund.

Die Einwanderungspraxis der letzten 50 Jahre hat nichts daran geändert, dass große Teile der Migrant(inn)en und ihrer Kinder nicht nur politisch und rechtlich, sondern auch ökonomisch und sozial Wohn- und Wirtschaftsbürger „zweiter Klasse“ geblieben sind. Dies spiegelt sich vor allem auch in der Bildungs- und Ausbildungssituation wider.

### Wahlrecht ist Menschenrecht

„Hier, wo ich lebe, will ich wählen – Kommunales Wahlrecht für Migranten“ lautet die Kampagne der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrant\*innenvertretungen (LAGA NRW) gemeinsam mit den Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Sozialverbänden. Die Kampagne will sich auf Bundes- und Landesebene für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Zuwanderinnen und Zuwande-

Integrationskonzept der LINKSFRAKTION im Bundestag, zu finden unter:

[www.die-linke-kreisverband-borken.de/fileadmin/kvborcken/Integrationskonzept.pdf](http://www.die-linke-kreisverband-borken.de/fileadmin/kvborcken/Integrationskonzept.pdf)



## Integrationskonzept

Für ein gleichberechtigtes  
und solidarisches Miteinander

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

rer außerhalb der EU-Länder einsetzen. In zahlreichen EU-Ländern ist das gegenwärtig möglich.

Das kommunale Wahlrecht ist gegenwärtig eine der wichtigsten Grundlagen demokratischer Teilhabe. Außerdem ermöglicht es zugewanderten Menschen, die seit mehr als drei Generationen ihren Lebensmittelpunkt in diesem Land und in dieser Stadt haben, wichtige Teilhabe- und Mitbestimmungsrechte. Ferner ist es der erste Schritt, das Wahlrecht in allen Bereichen zu erreichen und ein Signal für das friedliche Miteinander zu setzen.

Es muss das Ziel sein, die gleichberechtigte Mitbestimmung und Beteiligung sowie Anerkennung aller in dieser Stadt lebenden Menschen als Kölnerinnen und Kölner zu erreichen. Als LINKE müssen wir darin den Schritt zur Aufhebung eines weiteren Demokratiedefizits sehen und klare Position für gleiche soziale und politische Rechte sowie demokratische Grundrechte vertreten.

Deshalb werden im Rahmen kommunalpolitischer Prozesse konkrete Schritte benötigt, die als Querschnittsaufgabe in soziale, bildungspolitische, stadtentwicklungspolitische und wirtschaftspolitische Bereiche greifen müssen.

### **Kölner Linke aktiv für Partizipation**

Vorerst brauchen wir in den Kommunen eine neue Einwanderungsphilosophie: Linke Kommunalpolitik darf Migration und Integration nicht allein mit Defizitaspekten begründen, sondern muss in allen kommunalpolitischen Ebenen ebenso die Potenziale und Stärken der Migrationsgesellschaft aufzeigen und zugleich darauf aufbauen.

Damit Integration erfolgreich ist, müssen die einzelnen Handlungsfelder stärker miteinander vernetzt werden. Zur Neuausrichtung kommunaler Integrationspolitik gehört auch eine neue Personalpolitik, die interkulturell ausgerichtet sein muss. In Köln wird derzeit ein Integrationskonzept ausgearbeitet, das die unterschiedlichen Facetten aufzeigt. Ein solches Konzept muss die Realität des Umdenkungspro-



**HIER**

**wo ich lebe,  
will ich wählen!**

**Wir fordern das  
KOMMUNALE  
WAHLRECHT  
für alle Migrantinnen  
und Migranten,  
die lange in  
Deutschland leben.**

*Flyer der LAGA-Kampagne für ein kommunales Wahlrecht für MigrantInnen*

zesses aufgreifen und weiter entwickeln. Vor allem liegt ein wichtiger Arbeitsbereich in einer integrativen Stadtentwicklung, die sich gegen soziale Segregation und Spaltung stellen muss.

Die Kölner LINKE hat unter dem Motto „Für ein interkulturelles Köln“ ein Projekt gestartet, um neue Inhalte und Perspektiven für eine linke kommunale Migrationspolitik in Köln zu entwickeln, die auch von und für Migrant(inn)en getragen werden. Im Rahmen der Projektarbeit wurden und werden viele integrationspolitische Fragen der Kölner Migrationsarbeit (Sozialraum, Moscheedebatte, Jugendkriminalität, Ausbildungsinitiativen, Ethnisierungsdebatten usw.) aktiv aufgegriffen und diskutiert.

Zweifelsohne benötigt der wachsende Problemdruck in Köln wie beispielsweise Arbeitslosigkeit, Sozial- und Bildungsnotstand, soziale und kulturelle Ausgrenzung eine parteiische Initiative, die auch auf Migrant(inn)en und ihre Strukturen zugehen und ihre Forderungen aufnehmen muss. Als weite-

rer Schritt werden Gespräche und Diskussionen mit Migrationsverbänden geführt und ist im Juni ein politischer Ratschlag als öffentliche Veranstaltung für eine linke kommunale Integrationspolitik geplant, in der wir unterschiedliche Facetten der gegenwärtigen Migrationspolitik auf Kölner Ebene aufgreifen und für ein Kommunalwahlprogramm ausloten wollen.

Bei diesen Prozessen sind Migrant(inn)en aktiv einzubinden. Gerade am Beispiel von Ahmad, Kemal und Rojin wissen wir, wie wichtig es ist, den Kampf für Gleichberechtigung und Akzeptanz – unabhängig von Nationalität, Kultur und Religion – gemeinsam zu führen.

### **Nächstes Projekttreffen**

Do., 15. Mai 2008, 18:00 Uhr,  
Büro der Ratsfraktion DIE LINKE Köln,  
Haus Neuerburg, Gülichplatz 3.  
Kontakt: Martin Zorn, martin-zorn@  
netcologne.de, 0221 62 56 71.

# Veränderung ist möglich – mit LINKS!

Von Hans Günter Bell und Claudia Borchard, Sprecher und Sprecherin der LINKEN Köln

DIE LINKE hat einen tollen Lauf: Ob Bremen, Niedersachsen, Hessen oder Hamburg – der Erfolg ist uns bei den letzten Landtagswahlen immer gewiss gewesen. Und was fast noch wichtiger ist: Viele unserer Forderungen sind in der Bevölkerung Mehrheitsmeinung. DIE LINKE kann der weit verbreiteten Stimmung gegen die Politik der Großen Koalition immer wieder Ausdruck verleihen. Im Mittelpunkt dieser Stimmung steht die Wahrnehmung wachsender sozialer Ungerechtigkeit und demokratischer Einflusslosigkeit.

Selbst das konservative Institut für Demoskopie Allensbach stellt fest: „Die Aussagen der Linken fallen auf fruchtbaren Boden.“ Schon heute, ein knappes Jahr nach ihrer Gründung, hat die neue LINKE die Politik im Land verändert.

Die anderen Parteien bewegen sich: Die Überschriften ihrer Programme ändern sich, ihr Tonfall wird sozialer, einzelne Themen, die DIE LINKE zum Gegenstand ihrer Kampagnen gemacht hat, werden aufgegriffen, zum Beispiel Mindestlohn oder Abschaffung der Studiengebühren.

All das zeigt: Links wirkt! Veränderung ist möglich! Aber wir sind noch längst nicht am Ziel. Einen wirklichen Kurswechsel, eine andere Politik haben wir noch nicht erreicht.

## Für mehr soziale Gerechtigkeit!

Unsere Wahlerfolge fußen vor allem auf der Wahrnehmung vieler Menschen, dass DIE LINKE glaubwürdig für mehr soziale Gerechtigkeit eintritt.

Es ist offensichtlich: Der Aufschwung kommt bei der Mehrheit nicht an. Es ist vor allem ein Aufschwung für Reiche und Wohlhabende. Eine zentrale Aufgabe der LINKEN ist es daher, für mehr soziale Gerechtigkeit zu streiten, damit alle am Aufschwung teilhaben.

## Wir wollen

- die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre rückgängig machen;
- flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne von 8 Euro und in schnellen Schritten 10 Euro, denn von Arbeit muss man leben können;
- gute Arbeit, weshalb prekäre Beschäftigung (Leiharbeit, befristete und geringfügige Beschäftigung) zurückgedrängt werden muss;
- weg von „Hartz IV“: Deshalb wollen wir die Regeln für zumutbare Arbeit wieder ändern, die Ein-Euro-Jobs abschaffen und eine bedarfsorientierte Grundsicherung statt ALG II einführen.

Eine der zentralen politischen Herausforderungen ist die Wiedergewinnung des Öffentlichen: Mit der Kampagne „Öffentlich, weil's besser ist“ und dem Projekt „Öffentlich investieren statt privatisieren!“ wollen wir zu den Themen Wohnen, Energie und Verkehr aufzeigen, wie wichtig es ist, dass öffentliche Unternehmen diese grundlegende Daseinsvorsorge sicherstellen.

## Wir wollen

- die Verschleuderung öffentlichen Eigentums beenden. Deswegen kämpfen wir gegen Privatisierungen und für starke öffentliche Unternehmen. Nur mit starken öffentlichen Unternehmen u. a. in den Bereichen Wohnen, Wasser, Strom und Gas, Telefon bis zu Sparkassen bestehen demokratische Einflussmöglichkeiten, z. B. für eine klimafreundliche Verkehrspolitik und eine gleichwertige Versorgung in Stadt und Land. Lebendige Demo-

DIE LINKE Köln: aktiv im Einsatz für soziale Gerechtigkeit!, Foto: F. Bosbach



kratie, die auch etwas zu entscheiden hat, braucht diese öffentlichen Unternehmen.

– ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Deutschland mit den fünf Schwerpunkten Bildung, Gesundheit, Umwelt, kommunale Daseinsvorsorge und Öffentliche Beschäftigung mit einem Umfang von 50 Milliarden Euro pro Jahr. Mindestens eine Million tariflich bezahlte Arbeitsplätze können so geschaffen werden.

– zur Finanzierung unserer Forderungen mit einem Umbau des Steuersystems die Verteilungsgerechtigkeit wieder herstellen und die öffentlichen Haushalte, insbesondere auch die der Kommunen, wieder auf eine feste Grundlage stellen. Daher fordern wir die Wiedererhebung der Vermögenssteuer, eine gerechte Erbschafts- und Einkommensbesteuerung, eine effektive Unternehmensbesteuerung, die Einführung einer Börsenumsatzsteuer und die entschiedene Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung.

#### **Für gleichberechtigte Teilhabe aller!**

DIE LINKE will die erste Adresse für alle Menschen sein, die sich benachteiligt fühlen – sei es aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Nationalität, ihres Alters oder ihrer sexuellen Orientierung. Mit vollem Einsatz gegen jede Form der Diskriminierung zu streiten ist daher eine weitere zentrale Aufgabe der LINKEN.

*Wir wollen*

– Gleichheit der Chancen in der Bildung, unabhängig vom Beruf oder dem Einkommen der Eltern, unabhängig auch von der Ethnie oder Nationalität.

– mehr und besser ausgestattete Gemeinschaftsschulen, gezielte Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund und Wiederabschaffung der Studiengebühren als erste Schritte dahin.



*Der Jubel auf dem Gründungsparteitag der LINKEN: Antrieb für die erfolgreiche Mitgliederwerbekampagne der LINKEN Köln*

In Köln setzen wir dies z. B. durch die Arbeit unserer Frauenorganisation LISA (Linke sozialistische Arbeitsgemeinschaft der Frauen) oder das Projekt „Interkulturelles Köln“ um.

#### **DIE LINKE Köln wächst**

Unsere Mitgliederzahl wächst in großen Schritten – allein in Köln konnten wir die Zahl unserer Mitglieder von etwa 400 im Mai 2007 auf 700 Anfang im April 2008 steigern. Es fehlt also nicht mehr viel, und die Zahl unserer Mitglieder hat sich verdoppelt.

Hierzu haben sicherlich auch attraktive Veranstaltungen wie die mit Gregor Gysi Mitte März im Bürgerhaus Stollwerk beigetragen.

Wir LINKEN in Köln laden alle Menschen ein, mit uns zu diskutieren und sich bei uns für eine solidarische und demokratische Gesellschaft einzusetzen – auch in unseren sechs Ortsverbänden, unserer Frauengruppe LISA, der linksjugend [solid] oder der Studierendenorganisation DIE LINKE.SDS.

Werfen Sie einen Blick auf unsere Internetseite, dort finden Sie Einladungen zu vielen Veranstaltungen.

#### **Kontakt zur Partei DIE LINKE Köln**

Web: <http://www.die-linke-koeln.de/>

Mail: [koeln@die-linke.org](mailto:koeln@die-linke.org) oder [buerro-kv-koeln@die-linke.org](mailto:buerro-kv-koeln@die-linke.org)

Tel.: 0221 240 60 95

# Original Sozial

# DIE LINKE.

# Zu den Arbeitsstrukturen der LINKEN Köln

Lust auf Mitarbeit in einer LINKEN Partei, in und mit der sich in der Gesellschaft etwas zum Besseren hin bewegen lässt? Dann sind Sie und bist du bei uns genau richtig. Zur Orientierung über die vielfältigen Arbeitsmöglichkeiten unserer Partei folgt eine kurze und knappe Erläuterung.

Unsere Partei gliedert sich in drei Bereiche: erstens die städtische Ebene des Kreisverbands, zweitens die Ebene der eigenständigen Arbeitsgruppen, drittens die Ebene der Ortsverbände in den Stadtteilen.

Der Kreisverband wird geführt durch den Kreisvorstand und führt jeden Monat eine Veranstaltung durch: abwechselnd eine Mitgliederversammlung oder eine Infoveranstaltung zu einem Thema. Neben diesen Veranstaltungen richtet der Kreisverband zentrale Projekte aus: aktuell zu den Themen „Öffentliche Daseinsvorsorge“ und „Interkulturelles Köln“. Zudem gibt's im Kreisverband Arbeitskreise in den Bereichen „Jugend / Schule“, „Soziales / Hartz IV“, „Kunst / Kultur / Medien“ sowie „Stadtentwicklung“.

Des Weiteren gibt es eigenständige Arbeitsgruppen der Frauen, der Jugend und der Studierenden, in denen sich Teilgruppen unserer Mitgliedschaft nach ihren besonderen Interessen und sozialen Lagen organisieren.

Unterhalb der gesamtstädtischen Eben gibt es schließlich in unserer Partei aktuell 6 Ortsverbände, die jeweils mehrere Stadtteile zusammenfassen. Der Ortsverband ist eine politische Ebene, die Interessierte als erstes ansteuern können, wenn sie in unsere Partei reinschnuppern möchten. Nachfolgend sind die Termine der Ortsverbände aufgelistet.

Viel Spaß! :-)))

## Jetzt Mitglied werden!

Wer mehr will als schöne Worte, wer soziale Gerechtigkeit und Friedenspolitik will, der unterstützt jetzt die LINKE!

Es gibt viele Wege hierfür: Beim Gespräch mit Freunden und Bekannten, mit einem Leserbrief, mit einer Spende und natürlich am Wahltag. Die konsequenteste Form der Unterstützung ist: Mitglied werden!

Beitrittsformular anfordern bei Die LINKE Köln, Metzger Str. 24, 50678 Köln, oder runterladen von [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de) oder [www.die-linke-koeln.de](http://www.die-linke-koeln.de), ausfüllen und abschicken!

Ihr wollt loslegen und die Partei näher kennen lernen? Dann meldet euch bei der Mitgliederwerbekampagne.

### Kontakt:

Angelika Link-Wilden, E-Mail: [angelika.link-wilden@netcologne.de](mailto:angelika.link-wilden@netcologne.de), Tel.: 0172 602 98 43.

### Der LINKE OV Schäl Sick ...

trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat im BZ Buchforst, Eulerstraße 11, 19:00 Uhr, Kontakt: Martin Zorn, E-Mail: [martin-zorn@netcologne.de](mailto:martin-zorn@netcologne.de), Tel.: 0221 62 56 71.

### Der LINKE OV Ehrenfeld ...

trifft sich jeden 2. Montag im Monat im BüZe Ehrenfeld, Venloer Straße 423, 19:30 Uhr, Kontakt: Ulli Klinger, E-Mail: [buchhandlung-klinger@netcologne.de](mailto:buchhandlung-klinger@netcologne.de), Tel.: 0221 530 46 58.

### Der LINKE OV Innenstadt/Rodenkirchen ...

trifft sich das nächste Mal am 19.05.2008 im DIFD-Büro, Mechtildisstr. 7, 19:30 Uhr, Kontakt: Markus Lauber, E-Mail: [markus@lauber.de](mailto:markus@lauber.de), Tel.: 0175 405 94 91.

### Der LINKE OV Nord ...

trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat abwechselnd im Bezirksrathaus Chorweiler, Pariser Platz 1 (13. Mai) oder im Altenberger Hof (10. Juni), Mauenh. Str. 92, 19:00 Uhr, Kontakt: Cindy Kolter, E-Mail: [ckolter@gmx.net](mailto:ckolter@gmx.net), Tel.: 0173 823 79 15.

### Der LINKE OV Lindenthal ...

trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat im ASB Köln, Sülzburgstraße 146, 19:30 Uhr, Kontakt: Angelika Link Wilden, E-Mail: [angelika.link-wilden@netcologne.de](mailto:angelika.link-wilden@netcologne.de), Tel.: 0172 602 98 43.

### Der LINKE OV Porz ...

trifft sich das nächste Mal am 22.05.2008 im Bürgerzentrum Engelshof, Oberstr. 96, 19:00 Uhr, Kontakt: Wolfgang Lindweiler, E-Mail: [Wolfgang.Lindweiler@web.de](mailto:Wolfgang.Lindweiler@web.de), Tel.: 0177 434 91 52.

### Die LINKE Frauengruppe LISA ...

trifft sich das nächste Mal am 03.05.2008 im LINKEN Parteibüro, Metzger Str. 24, 10:00-14:00 Uhr, Kontakt: Claudia Borchard, Elke Hoheisel-Adejolu, E-Mail: [c\\_borchard@yahoo.de](mailto:c_borchard@yahoo.de), [e\\_hoheisel@web.de](mailto:e_hoheisel@web.de), Tel.: 0177 524 36 04.

### Die Hochschulgruppe DIE LINKE.SDS ...

trifft sich jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat im Raum C, Studiobühne, Universtätsstr. 16, 20:00 Uhr, Kontakt: Dominik Düber, E-Mail: [dominik.dueber@web.de](mailto:dominik.dueber@web.de), Tel.: 0160 181 35 81.